Berichtsvorlage
Gh/013/2024

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Gesundheitsausschuss	09.10.2024	öffentlich	Bericht

Betreff:
Gesundheitskioske in Nürnberg

Anlagen:
Sachverhaltsdarstellung
Antrag CSU
Antrag SPD

Bericht:

Gesundheitskioske bieten eine neue, alternative Herangehensweise zur wohnortnahen medizinischen Versorgung und schaffen eine niedrigschwellige Schnittstelle zwischen Ärztinnen , Patientinnen und anderen sozialen Einrichtungen. Im Referenten-Entwurf zum Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG) vom 15.06.2023 war angedacht, dass das Initiativrecht zur Eröffnung eines Gesundheitskiosks bei den Kommunen liegen soll. Im April 2024 wurden, in einem vierten Entwurf, die Gesundheitskioske aus dem Entwurf gestrichen. In der 1046. Sitzung des Bundesrates wurde das GVSG als Tagesordnungspunkt aufgenommen und der Gesundheitsausschuss fordert erneut die Einführung der Gesundheitskioske . Dabei sollen die Kioske an vorhandene Beratungsstellen „oder Einrichtungen, an denen schon Gesundheitsleistungen erbracht werden, angebunden werden und stellen auch ein digitales und telefonisches Angebot zur Verfügung“.
Entsprechend dem aktuellen Entwurf ist eine Finanzierung der Kosten mit 44,5 % durch die Kommunen vorgesehen.
Für eine weitere fachliche Diskussion führt Gh eine Ermittlung der bestehenden Angebote im Stadtgebiet und des Bedarfs, durch eine Befragung von Bürger, durch.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☒ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐ **'Ref. I/II**

☐

☐